

## **20 Jahre Forschung in MfS-Akten**

Oder:

### **Was hat die bisherige Erforschung der Stasi-Akten für die kirchliche Zeitgeschichte gebracht?**

Josef Pilvousek

25 Jahre nach dem politischen und gesellschaftlichen Umbruch, auch friedliche Revolution genannt, scheint sich die Diskussion um die Zukunft der Hinterlassenschaften des Staatssicherheitsdienstes ó meist einfach als Akten bezeichnet ó wieder zu verstärken. Die Frage nach der Aktualität dieser Akten stellt sich m.E. in zwei Richtungen.

Zum einen wird argumentiert, dass nach so langer Zeit einfach einmal ein Schlussstrich gezogen werden müsste. Zum anderen wird angemerkt, dass für die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Probleme kaum Antworten in den Akten eines Geheimdienstes zu finden seien, und zudem wären bei deren Interpretation ja auch unterschiedliche Urteile möglich. So fordert man beispielsweise das Ende dieser Bundesbehörde und der Akteneinsicht, hebt die vermeintlich großen finanziellen Aufwendungen hervor, vergleicht die Stasi mit anderen Geheimdiensten und relativiert sie damit, um schließlich den gesellschaftlichen Frieden zu beschwören, der durch die Zerstörungskraft der brisanten Akten gefährdet sei.

Diese Argumentationsketten sind trotz ihrer Popularität problematisch, weil sie zu kurz greifen. Der Staatssicherheitsdienst der DDR war nicht nur ein Geheimdienst wie jeder andere, sondern gleichzeitig Staatspolizei und auch von der allgemeinen Gerichtsbarkeit unabhängiges Justizorgan, das allein der omnipotenten Staatspartei, der SED, unterstand. Wer in ihre Fänge geriet, musste damit rechnen, dass nicht nur eine vermeintliche Straftat in den Blick genommen, sondern das gesamte Leben zerstört wurde. Was eine staatsfeindliche Tätigkeit war, bestimmte dieses Ministerium; die Deutungshoheit, was gefährlich war und was nicht, lag bei der Staatssicherheit.

Ich jedenfalls plädiere dafür, dass diese Akten vorerst nicht geschlossen werden. Denn: šWer mit seiner Geschichte nicht im Reinen ist, wird mit seiner Gegenwart nicht klarkommen und seine Zukunft nicht bewältigen können.ō

Beide große Kirchen waren bevorzugtes Objekt von Observationen, Repressionen, versuchter Einflussnahmen und natürlich ebenso von Verfolgung, auch wenn offiziell von einer šstabilen Geschäftsgrundlageō zu den Kirchen gesprochen wurde.

Die Geschichte der Katholischen Kirche in der DDR, die ich in das Zentrum meiner Ausführungen stelle, zeigt deutlich, welche Instrumentarien und Mittel angewendet wurden, um die Kirchen in den Griff zu bekommen, also ideologisch gleichzuschalten. Das ganze Ausmaß dieser Bearbeitung, Bespitzlung und Repression sowie die Methoden wurden erst offenbar, als die Akten zugänglich wurden. Ebenso wurden natürlich auch Angst, Versagen, Verrat und Auswirkungen von Fehleinschätzungen deutlich.

Der immer wieder verwendete Begriff der Konspiration bedarf einer kurzen Erläuterung. Ursprünglich bedeutet er Verschwörung. Heute wird mit Konspiration die geheime politische Zusammenarbeit bezeichnet, besonders wenn der zerstörerische Charakter dieser Tätigkeit angedeutet werden soll. Sehr gebräuchlich ist vor allem das Adjektiv, beispielsweise in der Prägung konspirative Wohnung, konspiratives Treffen oder konspirative Überwachung. Ein IM musste sich zur Konspiration verpflichten, was unter Androhung von Strafe absolute Geheimhaltung bedeutete. Dekonspiration war dagegen oft der Anlass, die Zusammenarbeit mit einem IM einzustellen.

Mit dem Begriff der Konspiration durch die Stasi verbindet sich besonders der heimtückische Versuch, das Selbstvertrauen eines Menschen zu zersetzen, indem Personen seines Freundeskreises oder der Ehepartner für Spitzeltätigkeit angeworben und gezielt berufliche Misserfolge hergestellt wurden.

Bereits seit 1991 wurde im Auftrag der Kirche nach Hinterlassenschaften der Staatssicherheit geforscht und vereinzelt wurden seit 1992 Dokumente vorgelegt. Bis 1994/95 geschah Forschung weitgehend als Suchen nach Inoffiziellen Mitarbeitern in der Katholischen Kirche der DDR. Erst danach wurde allmählich ein wissenschaftliches Koordinatensystem erstellt, das sachgerechte Bewertungen und Urteile ermöglichte. Dazu gehörte u.a. die Erkenntnis, dass manche kirchlichen IM sogar im Auftrag der Kirche tätig waren oder ohne Unterschrift und explizites Wissen als IM geführt wurden. Bis heute sind ungefähr 289 IM und Vorgänge auf der sogenannten katholischen Linie bekannt, ca 130 personenbezogenen Überwachungsunterlagen zu katholischen Geistlichen, kirchlichen Mitarbeitern und katholischen Laien wurden bisher aufgefunden gemacht.

Die Tätigkeit der Stasi gegenüber der Katholischen Kirche in der DDR und vor allem gegenüber der Leitung der Kirche, also auf die Bischöfe, wird im Folgenden überblicksartig dargestellt. Der Umfang dieses Themas lässt keine Gesamtdarstellung zu. Deshalb sei der Blick vor allem auf die gerichtet, die in den Augen des Staatssicherheitsdienstes die Hauptursache und das Zentrum kirchlicher Gegnerschaft bildeten, die Bischöfe. Was also haben Aktenstudium und -auswertung dazu beigetragen, die Geschichte der Katholische Kirche, näherhin ihrer

Kirchenleitung, umfassender zu beleuchten. Im Folgenden wird zunächst auf die Observation und die Bischöfe als Repräsentanten der Kirche in der DDR eingegangen, um dann den Überwachungsapparat und seine Ziele zu skizzieren. Unterschiedliche Beispiele staatlicher Überwachung und Reaktionen beschließen den Vortrag.

## **1. Umfassende Observation**

Bei der Auflösung der MfS-Zentrale in Rostock 1990 fiel einem der Beteiligten ein Handbuch ›Die Katholische Kirche in der DDR‹ auf, das unter anderem von dem bis dahin als besonders undogmatisch geltenden marxistischen Philosophen Olof Klohr verfaßt worden war. Es ist eine Art Vademecum für MfS-Mitarbeiter und wurde bis 1988 ständig auf den neuesten Stand gebracht. Die Verfasser formulierten als Zielangabe: ›Das Handbuch ist der erste Versuch, die katholische Kirche auf dem Territorium der DDR in ihrer Gesamtstruktur und Wirkungsbreite vorzustellen. Dabei kam es uns hauptsächlich auf die Darstellung von Fakten an. Sie wurden teilweise durch kurze historische Einleitungen oder Begriffserklärungen näher erläutert. Das Handbuch nimmt keine Einschätzung von Geschichte, Ideologie und Politik der katholischen Kirche vor, obwohl sich aus den Materialien manche Rückschlüsse ergeben.‹<sup>1</sup> Was diese zweibändige Zusammenstellung enthält, ist mehr als beachtenswert. Wollte sich heute jemand über die katholische Kirche in der DDR informieren, über ihre Bischöfe, Strukturen, Geschichte bis hin zu Hirtenbriefen, er hätte eine beinahe fehlerfreie und ziemlich vollständige Quelle. Beachtenswert ist außerdem, daß das gesamte Material aus offiziellen kirchlichen Quellen stammt: Kirchenzeitungen, Amtsblättern, Schematismen etc. Es ist erstaunlich, so muß man im Abstand von 25 Jahren formulieren, was die angeblich ›schweigsame‹ und ›medienscheue‹ Katholische Kirche in der DDR quantitativ und qualitativ an Informationen gegeben hat. Unwillkürlich fragt man sich, warum denn dann diese Kirche und vor allem ihre Bischöfe ständiger Bepitzelung ausgesetzt waren, um an Informationen zu kommen. Die Antwort geben die Verfasser des Handbuches ebenso schnell und verblüffend offen. Zwar wären die Quellen fast ausschließlich authentische Angaben der Katholischen Kirche selbst, aber trotzdem sei die Quellenlage verhältnismäßig ungünstig, denn häufig gingen Informationen nicht über die kirchlichen Amtsblätter, Schematismen oder kirchlichen Handbücher hinaus. Und so halten sie eher resignierend fest: ›Es ist also schwer, zu bestimmten Sachverhalten exakte Informationen zu erlangen.‹<sup>2</sup> Der heutige Betrachter ist nachträglich in der Versuchung, die Verfasser des Handbuches zu trösten und ihnen zu sagen, daß es kaum weitere und

---

<sup>1</sup> Die Katholische Kirche in der DDR. Handbuch, erarbeitet für das MfS, Warnemünde/Wustrow 1982-1988.

<sup>2</sup> Ebd.

bessere Informationen als die Zusammengetragenen gegeben habe. Aber auch ein dergestaltiger Trost wäre mit großer Wahrscheinlichkeit vor 30 Jahren ohne Gehör geblieben. Das lag, trotz verschiedenster Versuche von Marxisten und Christen, in Dialog zu treten, daran, daß man von staatlicher Seite die Kirchen grundsätzlich als Feinde betrachtete, denen man nicht vertraute und ihnen und vor allem ihren Bischöfen unehrliche und die DDR diffamierende Verhaltensweisen unterstellte. Oder man formuliert es im damaligen ideologischen Sprachgebrauch noch exakter: Dem Klassenfeind und weltanschaulichen Gegner darf man keine Chance geben. Ihm keine Chance zu geben hieß vor allem auch, ihn zu observieren und von ihm Informationen zu sammeln, um bereits in diesem Stadium seine Bekämpfung einzuleiten. Die in offiziellen staatlichen Protokollen zu findenden Einschätzungen seiner auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden Koexistenz von Marxisten und Christen sind so als Farce zu qualifizieren. Den organisatorischen Aufbau der Katholischen Kirche skizzierte man, um den Mitarbeitern die Strukturen und damit die Einflussmöglichkeit zu erläutern.

## **2. Bischöfe als Repräsentanten der Kirche**

Es liegt in der Natur der Sache, daß eine hierarchisch strukturierte Kirche in ihren Repräsentanten das widerspiegelt, was sie ist. Theologisch formuliert, wenn auch anders interpretiert, heißt das: ubi episcopus, ibi ecclesia! Obwohl Partei- und Staatsvertretern die theologische Bedeutung des Amtes immer fremd geblieben sein dürfte, haben sie doch frühzeitig die praktischen Explikationen des Bischofsamtes erahnt, sich darauf eingestellt und - aus ihrer Sicht - adäquat reagiert. Manche Parallelen aus dem Parteiapparat glaubte man, hinsichtlich hierarchischer Strukturen in der Katholischen Kirche wieder zu entdecken. Da es fast nie gelang, direkt auf Bischöfe oder den Vorsitzenden der BOK/BBK Einfluß zu nehmen bzw. Einfluß geltend zu machen, wurde über verschiedene Kontaktpersonen versucht, eine Beeinflussung im Sinne der eigenen Position zu erreichen. Da auch dies nicht gelang, versuchte man, Strukturen wie beispielsweise Pfarrgemeinderäte und Institutionen wie das Kolpingswerk oder Studentengemeinden in der Kirche der DDR zu manipulieren, um so, gleichsam von unten, Druck auszuüben. Hinsichtlich der vatikanischen Ostpolitik ist auch der gescheiterte Versuch von oben der Vollständigkeit halber anzumerken. Die plakative Darstellung sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle Versuche der Beeinflussung der Bischöfe, die oft mit enormen Schwierigkeiten, großem Aufwand und manchen menschlichen Enttäuschungen verbunden waren, bis 1989 mißlingen.

Von besonderer, wenn auch negativer Bedeutung für den Staatsapparat wurde die Bischofskonferenz. Sowohl Berliner Ordinarienkonferenz (BOK) als auch Berliner Bischofskonferenz

(BBK)<sup>3</sup> zeichneten sich durch eine beispiellose äußere Geschlossenheit aus. Kirchenpolitisch sprach man mit einer Stimme. Wenn man auch auf anderen Gesprächsebenen mit den jeweiligen Bischöfen z.T. Meinungsunterschiede auszumachen glaubte, in der jeweiligen Sache selbst änderte sich nichts. Auch altersbedingte Zugeständnisse und moderate Umgangsweisen mit dem Staat durch wenige Mitglieder der BOK/BBK änderten nichts an der Grundkonzeption. Die von dem jeweiligen Konferenzvorsitzenden immer wieder proklamierte Distanz zum Staat, zur Partei und ihren Institutionen war nie ernsthaft gefährdet. Die jährlich vorgenommene Analyse der Katholischen Kirche durch das Staatssekretariat für Kirchenfragen enthielt dann auch den stereotyp wiederkehrenden Abschnitt: 'In der Einschätzung der katholischen Kirche muß beachtet werden, daß die Bischöfe der DDR, von geringen taktischen Nuancen abgesehen, in der Politik gegenüber unserem Staat und der sozialistischen Entwicklung eine geschlossene Front bilden. Der Spielraum für eine Differenzierung in der 'Berliner Bischofskonferenz' ist sehr gering.'<sup>4</sup>

Schon Kardinal Preysing hatte am 20. Dezember 1947 in einer Anweisung 'Erklärung zu Zeitfragen im Namen der katholischen Kirche Deutschlands' (sogenannter 'Preysingerlaß') Richtlinien zur Regelung von öffentlichen Erklärungen und Gesprächen mit staatlichen und politischen Stellen in der SBZ/DDR gegeben. Grundsätzlich, so hieß es darin, sind alle öffentlichen politischen Äußerungen allein dem Bischof vorbehalten. Andere Bistümer und Jurisdiktionsbezirke schlossen sich dieser Erklärung an. Nochmals wurden ähnliche, aber verschärfte Richtlinien im Umgang mit staatlichen Stellen in den einzelnen Bistümern 1957 erlassen, so auch in Berlin der 'Döpfnererlaß'. Hier wurde für die Verhandlungen mit staatlichen Stellen eingeschärft, daß keine Partei- und Massenorganisationen kontaktiert werden dürfen, nur Regierungsstellen, und eine zweite Person bei Verhandlungen anwesend sein sollte. Diese Anordnungen wurden 1977 und 1985 von der BBK bestätigt.

Für den Staat waren die Verordnungen bis zu seinem Ende 1989 der Stein des Anstoßes. Der in internen Richtlinien immer wieder propagierten Differenzierungspolitik und ihrer Maßnahmen waren durch geschlossenes, abgestimmtes und geordnetes Umgehen der Kirche mit dem Staat enorme Hindernisse gesetzt.

Die Frage, ob und in welchem Umfang die Bischöfe staatliche 'Maßnahmen' und 'Bearbeitung' registrierten und in ihrem vollen Ausmaß erkannten, ist nur schwer zu beantworten. Kardinal Bengsch hat, so berichteten Besucher, bei internen Gesprächen eine Musikanlage eingeschaltet, um ein Abhören zu verhindern. Ähnlich soll Bischof Aufderbeck gehandelt

---

<sup>3</sup> Die Berliner Ordinarienkonferenz (BOK) wurde 1976 zur Berliner Bischofskonferenz (BBK).

<sup>4</sup> Vgl. Bundesarchiv Abteilungen Potsdam (=BAP), 0-4, 465.

haben. Wie wir heute wissen, hätten solche Vorsichtsmaßnahmen aufgrund der damals schon beim MfS vorhandenen Abhörtechnik keinen Erfolg gehabt.

Kaum eine Nachricht über vermutete oder tatsächlich stattgefundene Observation ist aus den kirchlichen Akten zu entnehmen, sieht man von dem noch darzustellenden Ereignis einer abhörtechnischen Überwachung aus dem Jahre 1959 ab.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Tatsache der Observierung allen bekannt war; das erschreckende Ausmaß wurde erst mit der Öffnung der verschiedenen staatlichen Archive deutlich.

Bischöfe waren bevorzugte šObjekte und so ständig im Visier des Staatsapparates. Ihre Ordinariate, Bischöflichen Ämter und Wohnräume wurden ständig beobachtet, ihre Lage skizziert und mit allen Mitteln versucht, an Informationen zu kommen und IM-s einzuschleusen. Besuche von Staatsvertretern bei Bischöfen wurden exakt und minutiös protokolliert, ihre Abwesenheit registriert. Aus pastoralen Äußerungen, Hirtenbriefen, Predigten und aus offiziellen Gesprächen konstruierte man Personendossiers des jeweiligen Bischofs und versuchte ihn politisch einzuordnen. Nicht immer entbehrten die šPersoneneinschätzungen, besonders in den letzten Jahren der DDR, der Wahrheit; zu einer Beeinflussung oder gar Steuerung kirchlichen Lebens aber waren sie ungeeignet.

### **3. Information, Observation, Destruktion**

Grundsätzlich wurden auf den verschiedenen Ebenen der Parteien, des Staates und des MfS die Kirche und ihre Bischöfe šbearbeitet.

Nach verschiedenen Vorformen seit 1946 wurde im September 1954 im ZK der SED eine šAbteilung, später šArbeitsgruppe für Kirchenfragen gegründet.<sup>5</sup> Diese Arbeitsgruppe unterstand immer einem Sekretär des ZK der SED, der zugleich auch Mitglied des Politbüros war. In den Bezirks- und Kreisräten der DDR gab es ein Referat für Kirchenfragen, zugeordnet der Abteilung Inneres, in dem zumindest ein Mitarbeiter IM war. Das MfS arbeitete mit diesem eng zusammen, wobei sich MfS-Mitarbeiter wichtige Entscheidungen durch die Spitzen der Partei dem Generalsekretär, 1. Sekretär oder Kreissekretär - bestätigen lassen mußten. Dies festzuhalten erscheint mir auch deshalb wichtig, um die Verantwortlichkeit für alle kirchenfeindlichen Maßnahmen dort zu verankern, wo sie ihren originären Platz hat, bei der Staatspartei SED und ihren Funktionären.

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu M.G. Goerner, Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK-Apparat der SED, in: C. Vollnhals (Hg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996, 59-78.

Als übergeordnetes Büro der Politbüromitglieder fungierte die §Arbeitsgruppe Kirchenfragenö. Hier wurden alle eingegangenen Informationen analysiert und ausgewertet sowie Konzepte und Vorlagen für die Sitzungen des Politbüros oder des ZK der SED erstellt. Die Dienststelle des Staatssekretariats für Kirchenfragen unterstand dieser Arbeitsgruppe. In ähnlich hierarchischer Zuordnung vollzog sich die §Bearbeitungö der Kirchen in den Bezirken und Kreisen.

Die Institution, die seit ihren Anfängen 1950 und ihrer weiteren Professionalisierung die Überwachung, Differenzierung, Zersetzung und Steuerung der Katholischen Kirche zum Ziel hatte, war das MfS (von 1953 bis 1955 Sfs).<sup>6</sup> Nach verschiedenen Umstrukturierungen wurde 1964 die Hauptabteilung XX/4 als die für die Kirchen und die Abteilung XX/4/II als für die Katholische Kirche zuständige gegründet. Die Kirchen, ihre Mitarbeiter und Mitglieder galten generell als Klassenfeinde und wurden zumindest in den internen Richtlinien und im Sprachgebrauch des MfS als solche behandelt. Durch Telefonüberwachung, Überwachung durch Richtfunkmikrophone, Abhöranlagen, Postkontrollen und vor allem den Einsatz der Inoffiziellen Mitarbeiter versuchte das MfS zunächst zu observieren, um, wenn man Möglichkeiten einer Einflußnahme, Zersetzung oder Steuerung für nötig hielt, diese zu veranlassen.

Ein §Staatssekretariat für Kirchenfragenö<sup>7</sup> wurde 1957 nach verschiedenen anderen Institutionen für die Kontakte zu den Kirchen zuständig. Immer gab es IM's als Mitarbeiter. Hier wurden Gespräche mit den Bischöfen und ihren Beauftragten geführt, normalerweise einmal jährlich mit dem Vorsitzenden der BOK/BBK und durch den Stellvertreter des Staatssekretärs mit den Mitgliedern von BOK/BBK. Analysen und Einschätzungen der §Kirchenleitungö wurden vorgenommen, um eine systematische Differenzierungspolitik betreiben zu können, die als Versuch eines gegeneinander ausspielenden Spaltens definiert werden kann. Seit Mitte der 70er Jahre verlor die Dienststelle wegen mangelnder Erfolge an Einfluß.

Die Räte der Bezirke sind in der Aufstellung der §Überwachungsorganeö zu nennen, wobei der Stellvertreter des Vorsitzenden für §Inneresö und einige speziell dafür angestellte Mitarbeiter für Kirchenfragen zuständig waren: das §Referatö oder auch §Sektor Kirchenfragenö.<sup>8</sup> Meist turnusmäßig führten der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, sein Stellvertreter für Inneres und der Referatsleiter ein jährliches Gespräch mit dem in dem jeweiligen Bezirk ansässigen Bischof. Ansonsten nahmen die von den Bischöfen ernannten Gesprächsbeauftragten

---

<sup>6</sup> Vgl. dazu C. Vollnhals, Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, in: C. Vollnhals (Hg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996, 79-119.

<sup>7</sup> Vgl. dazu A. Boyens, Das Staatssekretariat für Kirchenfragen, in: C. Vollnhals (Hg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996, 120-138.

immer dann Gespräche auf, wenn Sachfragen anstanden. Der Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres und das Referat Kirchenfragen waren dem Staatssekretär für Kirchenfragen informationspflichtig und umgekehrt schulte das Staatssekretariat für Kirchenfragen die Mitarbeiter für Kirchenfragen der Bezirke, Städte und Kreise. Außer einer gezielten Überwachung kam es hier vor allem zu einer šDifferenzierungspolitikō durch bewusste Ungleichbehandlung kirchlicher Vertreter und permanenten Versuchen, kirchliche Vertreter politisch zu beeinflussen. Da viele Mitarbeiter des Rates des Bezirkes IM:s waren, kam es in der Folge solcher Gespräche manchmal zur Kontaktierung durch das MfS.

CDU, Nationale Front und Berliner Konferenz europäischer Katholiken sind ebenfalls als Beobachtungs- und Einflußorgane zu nennen, wobei ihre Tätigkeit als marginal angesehen werden kann.<sup>9</sup>

Zu den bekannten, aber bislang leider zu wenig untersuchten und analysierten Gegenständen zeitgeschichtlicher Betrachtung der katholischen Kirche in der DDR gehören die Informationen, die von kirchlichen Beauftragten im Auftrag der BOK/BBK, deren Vorsitzenden oder eines Bischofs an die staatlichen Organe weitergegeben wurden.

Zunächst sind hier die Kontakte zum MfS zu nennen. Sie wurden im Auftrag des jeweiligen Vorsitzenden der BOK bzw. BBK geführt, aber auch durch Beauftragte anderer Bischöfe. Die Motivation, in dringenden, schwerwiegenden Personalangelegenheiten, mit der Dienststelle zu verhandeln, die tatsächlich Macht besaß, etwas zu ändern, mag nur dem suspekt erscheinen, der nie in einem totalitären System lebte. Zudem war das MfS ein Ministerium und nominell kein Parteiorgan. Allerdings gilt selbstverständlich auch, daß manche Informationen über šunpolitischeō kirchliche Ereignisse und Personen weitergegeben wurden bzw. weitergegeben worden sein dürften. Die Problematik wurde erst dadurch brisant (wie noch gezeigt wird), wenn der Beauftragte dem Auftraggeber - die BOK/BBK - in Zielsetzung und Motivation nicht mehr in allen Punkten folgte bzw. durch Personalisierung der Kontakte die Gefahr der Verselbständigung zu einer šeigenen Kirchenpolitikō bestand. Gleiches gilt für die Kontakte zur Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen.<sup>10</sup> Wenn es um Grundsatzfragen für die Kirche oder um Lebensfragen des Volkes ging, wandten sich die Bischöfe meist direkt an den Vorsitzenden des Ministerrates bzw. den Ministerpräsidenten. Zum Bereich der Information gehörte auch die Unterrichtung der Regierung über bevorstehende Bischofsernennun-

---

<sup>8</sup> Vgl. dazu M.G. Goerner, Die Behandlung der Kirchenpolitik im Staatsapparat und in den Massenorganisationen, in: C. Vollnhals (Hg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996, 139-159.

<sup>9</sup> Vgl. dazu H. Wentker, Die kirchenpolitische Abteilung der Ost-CDU: Organisation, Wirkungsweise und personelle Besetzung, in: C. Vollnhals (Hg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996, 159-189.



gen, die aus Gründen šprotokollarischer Höflichkeitō wenige Stunden vor der Veröffentlichung im Vatikan erfolgte. Informationen anderer Art waren kirchlicherseits z. B. Information und Interpretation von Bischofsschreiben, Hinweise auf kirchliche Großveranstaltungen wie das Elisabethjubiläum 1981 in Erfurt oder das Katholikentreffen 1987 in Dresden.

Die Nutzung öffentlicher Anlagen dafür, die Bereitstellung von Sonderzügen u.a.m. bedurften der Absprachen; der staatliche Zentralismus ließ anderes nicht zu. So konnte beispielsweise erst nach entsprechenden Kontakten auf Regierungsebene mit der Deutschen Reichsbahn über Sonderzüge verhandelt werden.

Dazu sind auch Informationen wie beispielsweise die Weitergabe des Wunsches des österreichischen Präsidenten Kirchschräger zu zählen, während eines offiziellen DDR-Besuchs den Erfurter Dom zu besuchen. Hierher gehören auch die Bitten um Überlassung offizieller vatikanischer Dokumente, z.B. Enzykliken, und ihre Erläuterung.

Überblickt man die vielfältigen und vielschichtigen Kontaktierungen, Informationsmöglichkeiten und Dauerkontakte, die unterschiedlichsten staatlichen Institutionen, die sich mit den Kirchen beschäftigten und die wenigen offiziellen, aber institutionalisierten kirchlichen Gesprächsbeauftragten, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es wohl kaum etwas in dieser škleinenō Katholischen Kirche der DDR gegeben haben dürfte, daß unbekannt geblieben und keine Äußerung eines Bischofs, die nicht beachtet worden wäre.

#### **4. šWegen äußerster Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme.ō Fallbeispiele staatlicher šBearbeitungō der Bischöfe**

Obwohl die Zielsetzung des Staats- und Parteiapparates bis 1989 unverändert blieb, hat es, was Methode, Modus und Qualität angeht, einen Wandel im Umgang mit den Bischöfen und der Kirche gegeben. Verantwortlich dafür war nicht nur eine kaum auf einen Nenner zu bringende, ständig sich modifizierende staatliche Kirchenpolitik. In den Anfangsjahren der DDR waren die Informationen über den šKlassengegnerō Kirche gering, die Funktionäre kaum geschult und das Selbstbewußtsein eines auf internationale Anerkennung bedachten Staates gering. Das sollte sich seit 1961 und vor allem seit 1971 ändern. Es fand seinen Ausdruck auch im Umgang mit der Kirche und ihren Vertretern. Nicht zu vernachlässigen sind Faktoren wie sowjetische Einflußnahme und natürlich auch internationale politische Konstellationen.

Der erste umfassend observierte Bischof der DDR dürfte Heinrich Wienken gewesen sein. Wienken, früherer Leiter des Commissariates der Fuldaer Bischofskonferenz, war 1951 Nachfolger von Petrus Legge als Bischof von Meißen geworden. Bis in unsere Tage haftet diesem

---

<sup>10</sup> Vgl. G. Lange, Katholische Kirche im sozialistischen Staat DDR, Berlin 1993, 9-11.

bedeutenden Kirchenmann eine aus seiner Verhandlungszeit mit der SMAD stammende Charakterisierung als „roter Heinrich“ an. Nach seiner Inthronisation in Bautzen wurde das „Staatssekretariat für Staatssicherheit“ in der „Sache“ Wienken tätig. Der angeblich „rote Wienken“ wurde in seiner „Stasi-Akte“ zum „Schwarzen Staatsfeind“. In einem Sachstandsbericht vom 29.10. 1953 wurde verfügt, daß ein „Operativvorgang“ mit dem Decknamen „Der Alte“ bei der Kreisdienststelle Bautzen und ein Kontrollvorgang beim Staatssekretariat für Staatssicherheit in Berlin angelegt wurde (der „Vorgang“ wurde am 2.4. 1959 beendet).<sup>11</sup> Fleißig sammelte man bis zum Tode Wienkens alle möglichen Informationen, öffnete Briefe und schickte IMs ins Ordinariat. Neben dilettantisch recherchierten Nachrichten und fehlerreichen lateinischen Zitaten<sup>12</sup> finden sich echte Informationen und vor allem auch detaillierte biographische Angaben. So erfährt man, daß er in der Weimarer Zeit Stadtverordneter im Berliner Stadtparlament war und aus dieser Zeit Wilhelm Pieck kannte. Der Staatssicherheitsdienst scheute sich nicht, Wienkens Gestapoakten<sup>13</sup> in Kopie dem Gruppenvorgang „Der Alte“ beizulegen. Man verdächtigte Wienken der Spionage, des geheimen Kontaktes mit dem Vatikan und vor allem befürchtete man, daß er eine neue Zentrumspartei aufbauen wolle. Sein Engagement für politische Gefangene war ständig Anlaß, sich über diesen „würdigen Vertreter des Vatikans“, wie man ihn zynisch nannte, zu ärgern. 1957 charakterisierte man ihn wie folgt: „Politisch ist er gegen die Entwicklung in der DDR eingestellt, gibt sich aber offiziellen Stellen und Personen gegenüber als loyal zur DDR eingestellt, worin seine hinterhältige Einstellung zu unserem Staat zum Ausdruck kommt.“ Letztlich sind es zwei Aussagen des MfS, die deutlicher als manches Urteil von Zeitgenossen, Wienkens Einsatz für die Kirche in der DDR kennzeichnen: „Sein Kampf für den Einfluß der katholischen Kirche unter der Jugend, im Staat und in den Haftanstalten der Deutschen Demokratischen Republik“ und „Sein Kampf für die Freilassung politischer Häftlinge“<sup>14</sup>. Hier hat eine MfS-Akte einmal das Resultat (zumindest für Historiker), einen diskreditierten Kirchenmann rehabilitieren zu können. Zu den ständig mißtrauisch und feindselig betrachteten Bischöfen gehörte zweifellos der Meißner Bischof Otto Spülbeck (1904-1970). Mag er auch durch manches undiplomatische Verhalten dazu beigetragen haben, als Staatsfeind angesehen zu werden, eine tatsächlich staatsfeindliche Handlung hat er nie begangen. Kurios ist folgende Begebenheit.<sup>15</sup> In einem Überprüfungsvorgang „Kreuz“ war Spülbeck bereits seit 1954 in Leipzig durch das MfS

<sup>11</sup> BStU, Ast. Dresden, Akte „Der Alte“, Bd. III., Nr. 45/53, 71/59, Bl. 52-54.

<sup>12</sup> So handle beispielsweise das Domkapitel Wienkens nach der Devise: „Pro ecclesie et pontifese“ (sic) vgl. a.a.O., Bl. 68.

<sup>13</sup> A.a.O., Bl. 291 f.

<sup>14</sup> A.a.O., Bl. 213 - 219

<sup>15</sup> Zum folgenden vgl. B. Schäfer, Staat und katholische Kirche in der DDR, Köln-Weimar-Wien 1998, 108-112.

überwacht worden. Wegen des labilen Gesundheitszustandes des Meißeener Bischofs Heinrich Wienken war im Juli 1955 Spülbeck als Weihbischof mit dem Recht zur Nachfolge Wienkens geweiht worden. Weil Spülbeck nicht nur Theologie, sondern auch Mathematik und Physik studiert und bereits zum Verhältnis von Religion und Naturwissenschaften publiziert hatte (promoviert hatte er aber in Philosophie), glaubte der Rat des Bezirkes Dresden im November 1955 den wahren Grund seiner Bischofsernennung gefunden zu haben: „Durch Unterhaltung mit katholischen Christen und Theologen haben wir festgestellt, daß Dr. Spülbeck der führende Naturwissenschaftler in Deutschland ist, der nur deshalb zum Weihbischof ernannt wurde, weil schon im Sommer des Jahres feststand, daß der Lehrstuhl für Atomwissenschaften sowie der Kreis der deutschen Atomwissenschaftler, die 10 Jahre in der Sowjetunion waren, ihre Arbeit in Dresden fortsetzen.“ Das MfS integrierte die Überwachung Spülbecks seit 1955 in seinem operativen Vorgang zum katholischen Ordinariat in Bautzen und beobachtete insbesondere seine eventuellen Kontakte mit Atomwissenschaftlern bei einer bezirklichen Veranstaltung zum Geburtstag von Staatspräsident Pieck; außerdem suchte es nach verdächtigen katholischen Kernphysikern. Fortan wurde Spülbeck unter dem Decknamen „Stamm“, das Bistum Meißen unter dem Namen „Wald“ geführt.

Die Befürchtungen des MfS vor Funden von Abhörtechniken dürften zu einem organisierten „Wegfall der operativen Technik“ in allen bis dahin verwanzten katholischen Objekten in der DDR geführt haben, sodass seit dem 23. Dezember 1959 eine „Lücke in der Überwachung der kath. Kirche“ konstatiert werden kann. Die dringend notwendige „neue Belegung“ war auf absehbare Zeit offenbar nicht möglich. Auch ein nach allen konspirativen Regeln inszenierter „Einstieg“ in das Bautzener Ordinariat durch MfS-Mitarbeiter zur Überprüfung des Arbeitszimmers von Bischof Spülbeck in der Nacht vom 6. zum 7. Januar 1961 führte nicht zu einer neuen Installation der „Technik“.

Seit etwa 1985 dürften die im Ostberliner Ordinariat stattfinden Sitzungen der BBK oder anderer Gremien durch Richtmikrophone vom gegenüberliegenden Gebäude abgehört worden sein. Die Qualität dieser MfS-Berichte legt solche Abhörtechnik nahe.

Seit dem Mauerbau forcierte die Regierung der DDR ihre Forderung nach Verselbständigung der zu westdeutschen Diözesen gehörenden ostdeutschen Jurisdiktionsbezirke. Setzte man anfangs aus Unkenntnis staatskirchenrechtlicher Verfahrensweisen noch ganz darauf, die Bischöfe der DDR zu einem solchen Schritt zu veranlassen, so reifte mit zunehmender Kenntnis der Zusammenhänge der Plan, den Vatikan zu solchen Schritten zu bewegen. Da vatikanische Quellen nur sehr dürftig sprudelten, versuchte man über die Bischöfe selbst, vor allem über den Vorsitzenden Kardinal Bengsch den momentanen Stand möglicher vatikanischer Pläne zu

eruierten. Das MfS wurde bestens informiert. Prälat Otto Groß (1917-1974), Vertrauter von Kardinal Bengsch und von 1967 bis 1974 Beauftragter zu Verhandlungen mit der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, dem MfS und dem Ministerium für Außenwirtschaft bzw. Außenhandel hat offensichtlich in eigener Überschätzung und Unterschätzung der Gesprächspartner, leichtsinnig Informationen weitergegeben. Am 9. September 1969 notierte der Führungsoffizier von IM šOttoö<sup>16</sup> die geplanten Phasen des Vorgehens des Vatikans, der laufend Bedenken wegen des Fehlens eines Friedensvertrages habe und deshalb nur Übergangslösungen zustimme.<sup>17</sup> In der ersten Phase sei der Einsatz von Apostolischen Administratoren durch den Papst in Schwerin, Magdeburg und Erfurt vorgesehen; Meiningen solle aufgelöst und an Erfurt angeschlossen werden. In einer zweiten Phase sollten die Bistumsanteile in Administraturen umgewandelt werden, wobei dann später, zu einem dem Vatikan genehmen Zeitpunkt, eigene DDR-Bistümer entstehen würden. Außerdem, so der Führungsoffizier weiter, plane Kardinal Bengsch beim Staatssekretariat vorstellig zu werden, um den Vorschlag zu unterbreiten, die Berliner Ordinarienkonferenz in den Status einer ordentlichen Bischofskonferenz zu erheben. Diese bereits 1969 notierten, dem Politbüro bekannten Pläne, sollten sich aber erst in der Phase der neuen Bonner Ostpolitik und der zunehmenden diplomatischen Anerkennungswelle der DDR teilweise verwirklichen lassen. Gerade die Jahre von 1973 (Bestellung Apostolische Administratoren) bis 1976 (Errichtung der BBK) sind hinsichtlich einer versuchten Differenzierung der Bischöfe interessant. 1975 analysierte man die Bischöfe und ihre Einstellung zur vatikanischen Ostpolitik wie folgt: šSehr aufschlußreich war die Haltung der Bischöfe zu unserer Forderung nach Neufestlegung der Diözesangrenzen in Übereinstimmung mit der Staatsgrenze der souveränen DDR zur BRD. Zunächst einmal ist festzustellen, daß kein Bischof gegen unsere Forderung direkt polemisierte, aber nur Schaffran und Aufderbeck sprachen sich unmißverständlich dafür aus. Huhn und Braun versuchten allerdings eine indirekte Polemik, indem sie versuchten zu begründen, daß es für den Vatikan derzeit schwer sei, unserer Forderung zu entsprechen, da er sich von ausschließlich pastoralen Gründen leiten läßt, die derzeitige Regelung (Apostolische Administratoren) aber ohne pastorale Probleme sei. Alle Bischöfe versuchten mit ihrer Argumentation um Verständnis dafür zu werben, daß der Vatikan die Entscheidung allein fällt und folglich ihre Möglichkeiten auf ihn Einfluß zunehmen begrenzt sind. Wenn auch differenziert und in der Argumenta-

---

<sup>16</sup> Otto Groß, geb. 18.2.1917 in Perleberg, Studium der Theologie in Fulda, 1943 Priesterweihe und Kaplan in Berlin, 1953 Kuratus in Berlin, Redakteur der katholischen Kirchenzeitung für das Bistum Berlin "St. Hedwigsblatt", ab 1958 deren Chefredakteur, 1955 Pfarrer, 1962 Ordinariatsrat, 1966 Prälat; 1967-74 Beauftragter zu Verhandlungen mit der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, dem MfS und dem Ministerium für Außenwirtschaft bzw. Außenhandel, gest. 15.8.1974. Seit 1967 wurde ein IM-Vorlauf angelegt, in den folgenden Jahren kam es zu den Registrierungen GI und IMF "Otto".

tion unterschiedlich akzentuiert, sprachen sich alle Bischöfe dafür aus, daß es richtig sei, daß der Vatikan schrittweise vorgehe.<sup>18</sup>

Selbstverständlich wurden auch kurze Personendossiers der Bischöfe angefertigt, so etwa 1977<sup>19</sup>: „Die Einschätzung der innerkirchlichen Position von Kardinal Bengsch ist insofern wichtig, weil darin die Schlußfolgerung eingeschlossen ist, daß alle Versuche, ſan ihm vorbeiß oder ſgar gegen ihnß innerhalb des Episkopats zu differenzieren, gegenwärtig wenig Aussicht auf Erfolg haben. Bischof Schaffran, Bischof des einzigen geschlossenen auf dem Gebiet der DDR liegenden Bistums Meißen, zeigt sich in Gesprächen sehr flexibel und gibt zu erkennen, daß er nach Bengsch als der 2. Mann der katholische Kirche in der DDR angesehen werden möchte. Bischof Aufderbeck, Erfurt, ist der Spiritus rector auf dem Gebiet der weltanschaulichen Auseinandersetzung, was sich in Ausarbeitung von Pamphleten ausdrückt und in seinem Auftreten auf Wallfahrten und Prozessionen sichtbar wird. Andererseits zeigt er aber Aufgeschlossenheit gegenüber seinen Priestern zu Gesprächen mit den Organen des Staates. Bischof Theissing, Schwerin, ist einer der rührigsten Bischöfe bei der Stabilisierung und Aktivierung der kirchlichen Tätigkeit der Kirchgemeinden. Bischof Braun, Magdeburg, tritt im Allgemeinen nicht in Erscheinung. Schon seine Wahl als Bischof wurde im kirchlichen Raum nicht als die beste Lösung empfunden, weil es ihm an Profil mangelt. Bischof Huhn, Görlitz, Bischof des kleinsten Kirchengebietes, ist zugänglich, aber immer bestrebt, keine untergeordnete Rolle zu spielen.“

Der Generationswechsel der Bischöfe Meisner, Berlin, Wanke, Erfurt und schließlich Reinelt, Dresden-Meißen seit Beginn der 80er Jahre hat für die katholische Kirche in der DDR auch im Umgang mit dem Staat neue Akzente gesetzt. Daß zunächst versucht wurde, die ſNeuenß in das gewonnene Bild einzuordnen, verwundert nicht, wenn auch manchmal solche Berichte zu den Kuriositäten gehören, wie im Fall von Bischof Dr. Wanke. Hauptmann Stolze informierte seine Vorgesetzten über den Bischofswechsel in Erfurt im Januar 1981 wie folgt: „Mehrfach gibt es Gespräche zu nachfolgenden Problemen: So ist mit dem Ableben des Bischofs A. der Generalvikar Uthe außer Dienst gestellt. Der Bischof Dr. Wendt<sup>20</sup> hat verfügt, daß Uthe nur noch das Bauwesen karitativ und das sakrale Bauwesen inne hat, also kein Stellvertreter für seelsorgerische Fragen mehr ist. Dr. Wendt will den jetzigen Pfarrer von Jena, Czerzynski<sup>21</sup> (o.ä. Sprach - oder Schreibweise) zum Generalvikar berufen. Wendt und der Genannte sollen beide aus Breslau stammen. Der Jenaer Pfarrer gilt als äußerst konserva-

---

<sup>17</sup> BStU, ZA AIM 2716/75, Teil II, Bd. 1, Bl. 205ff.

<sup>18</sup> BAP, 0-4, 464.

<sup>19</sup> BAP, 0-4, 465.

<sup>20</sup> Gemeint ist Dr. Joachim Wanke

tiv, was von den Kirchenmitgliedern nicht gut geheißt wird. Es wird offen darüber diskutiert, daß es ein Fehler von Dr. Wendt sei, diesen zu berufen.<sup>22</sup>

Der Generationswechsel brachte zunächst für den Staat positive Abweichungen von den unter Kardinal Bengsch üblichen Praktiken.<sup>23</sup> Der neue Vorsitzende der BBK, Bischof Schaffran hatte 1981 einen Antrittsbesuch bei Honecker gemacht, und 1982 einen lange vorbereiteten Hirtenbrief zum Weltfriedenstag durch sein Veto, nach staatlicher Intervention, in der BBK zu verhindern versucht. Erstmals schien hier die Einheit und Geschlossenheit kurzzeitig zerbrochen und die Differenzierungspolitik zum Erfolg gekommen. Nachdem Schaffrans Vorsitz der BBK vorzeitig beendet wurde, sollte sich für die staatlichen Stellen die Situation ins Gegenteil verkehren; man schwärmte fast von den geradezu normalen Staat-Kirche-Beziehungen unter Kardinal Bengsch. Weder der neue Vorsitzende, Kardinal Meisner, noch Bischof Wanke, noch die anderen Bischöfe, hielten sich immer weniger, zum Ärger auch der in Berlin mit staatlichen Stellen verhandelnden Personen, an die sogenannten 'Geschäftsgrundlagen'. Die katholische Kirche trat immer öfter in die gesellschaftliche Öffentlichkeit, so durch das Katholikentreffen 1987 und die Teilnahme an der Ökumenischen Versammlung. Hatte der Staat noch Anfang der 80er Jahre wenigstens hoffen dürfen, das geforderte gesellschaftliche Engagement der Katholiken und ihrer Bischöfe zur Differenzierung nutzen zu können, so mußten die dem MfS bekannt gewordenen und an das Politbüro weitergeleiteten Informationen eher ernüchternd wirken. Auf der Sitzung der Berliner Bischofskonferenz am 3./4. März 1986 sei betont worden, die BBK werde auch künftig nicht zulassen, daß einzelne Bischöfe ohne Einbeziehung zentraler kirchlicher Stellen tätig werden und von den staatlichen Behörden als 'Spielball gegen ihre eigenen Interessen ausgenutzt werden' können.<sup>24</sup> Eine parteiinterne Analyse aus dem Jahre 1986 macht deutlich, wie die Bischöfe in den 80er Jahren dem Staat und der Gesellschaft gegenüber verfahren: 'Während einerseits dazu aufgerufen wird, sich für eine gerechte menschenwürdige, friedliche Welt sowie für das allgemeine Wohl der Gesellschaft einzusetzen, Verantwortung gegenüber dem gesellschaftlichen Eigentum zu zeigen, eine hohe Arbeitsmoral zu entwickeln und sich in der Nachbarschaftshilfe sowie im Einsatz für Kranke und Behinderte zu bewähren, wird andererseits in scharfer Weise das Trennende zwischen dem sozialistischen Staat und der katholischen Kirche hervorgehoben und der weltanschauliche Gegensatz in den Vordergrund gerückt.'<sup>25</sup>

---

<sup>21</sup> Der damalige Pfarrer von Jena war der spätere, am 30. Juni 2011 verstorbene Kardinal Georg Sterzinsky.

<sup>22</sup> BStU IX 334/77, Bd.II,1, 187, 21.1.1981, Stolze, Hauptmann.

<sup>23</sup> Zum folgenden vgl. Schäfer, Staat und katholische Kirche, 394-404.

<sup>24</sup> BStU, ZA, HA XX/4, Information über interne Meinungsäußerungen zum Verlauf der katholischen "Berliner Bischofskonferenz" (BBK) am 3./4. März 1986.

<sup>25</sup> Ebd.

## Resümee

Der letzte Chef der Bezirksverwaltung des MfS in Erfurt, Generalmajor Josef Schwarz, beschrieb in seinen 1994 erschienen Memoiren u.a. das Verhalten des MfS gegenüber der Katholischen Kirche.<sup>26</sup> Er hält es für falsch, die Kirche in der DDR anhand der Dokumente der Staatssicherheit zu beurteilen. Dem kann ich nur nach Studium der Akten zustimmen. Die Zahlen über angebliche inoffizielle Mitarbeiter in kirchlichen Kreisen halte ich für übertrieben,<sup>27</sup> fährt er fort. Hier irrt er, wie die Archive zeigen. Über 360 IM-s und über 100 Operative Vorgänge zeigen ein anderes Bild. Schließlich gibt er ein aufschlußreiches Resümee der Bearbeitung der Kirchen: Außerdem ist es eine Illusion zu glauben, das MfS hätte mit wenigen inoffiziellen Mitarbeitern den Kurs der Kirche beeinflussen können.<sup>28</sup> Das Studium des Stasinachlasses zeigt deutlich Versagen und Konspiration in den Kirchen. Dass der Kurs der Kirchen nicht beeinflusst werden konnte, ist kein Verdienst des MfS oder auf ein Versagen der MfS - Mitarbeiter oder der angeblich wenigen inoffiziellen Mitarbeiter zurückzuführen. Das MfS hätte, wie wir heute wissen, alles getan, um die Kirchen zu destruieren. Deutlich ist aus den Akten des MfS nämlich die Entschlossenheit, die Furchtlosigkeit und die Gradlinigkeit vieler Christen zuerkennen. Ihrem Mut und ihrem Glauben ist es vor allem zu verdanken, dass Kirchen eine Gemeinschaft unangepasster, nach den Maßstäben Christi handelnder Menschen waren sowie Schutzraum für alle Bedrängten und Verfolgten, indem sie resistent blieben.

---

<sup>26</sup> J. Schwarz, Bis zum bitteren Ende. 35 Jahre im Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit, Schkeuditz 1994.

<sup>27</sup> A.a.O., 145f.

<sup>28</sup> Ebd.